



Israel Kontrovers Nr. 10

5. Januar 2012

Ist Israels Demokratie in Gefahr? Die kontroversen Gesetzesinitiativen der regierenden Rechtskoalition

Seit einer Reihe von Monaten sorgt Israel für ungewohnte Schlagzeilen. Es sind nicht mehr nur der ungelöste Konflikt mit den Palästinensern und die spannungsgeladenen Beziehungen zum Iran und den arabischen Nachbarn, mit denen das Land für weltweite Aufmerksamkeit sorgt. Neuerdings macht Israel, das sich - bisher zweifellos zu Recht - stets als die einzige Demokratie im Nahen Osten bezeichnet, mit innenpolitischen Entwicklungen auf sich aufmerksam, in deren Mittelpunkt heftige und intensiv geführte Auseinandersetzungen und Debatten um den liberalen, pluralistischen und demokratischen Charakter von Staat und Gesellschaft stehen.

Radikale Siedler aus jüdischen Siedlungen im besetzten Westjordanland, die sonst mit Gewalt gegen Palästinenser und deren Eigentum sowie gegen Moscheen vorgehen, sind in diesem Jahr zum wiederholten Mal in Stützpunkte der israelischen Armee eingedrungen, haben dort randaliert, militärische Ausrüstungen beschädigt und - das gab es noch nie - einen hohen israelischen Offizier mit einem Stein angegriffen und verletzt. Extremistische Vertreter des ultra-orthodoxen Judentums haben öffentlich Frauen beschimpft und angespuckt, weil diese nicht bereit waren, sich im Bus auf die hinteren Sitze zu setzen, nicht „angemessen“ gekleidet waren oder nach ihrer Auffassung nur für Männer vorgesehene Bürgersteige benutzen. Öffentlichkeit und Politik in Israel haben auf diese Ereignisse mit intensiven Diskussionen und Protestaktionen reagiert. Gegen die Diskriminierung von Frauen demonstrierten in der Stadt Beit Shemesh mehrere tausend Menschen. Die Gewaltaktionen radikaler Siedler gegen die Armee, die eigentlich zu ihrem Schutz da ist, wurden entschieden verurteilt.

Neben diesen gesellschaftlichen Konflikten sorgen seit Monaten eine Reihe kontroverser Gesetzesinitiativen der seit 2009 regierenden Rechtskoalition für heftige Debatten. Während die Opposition und die mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Kräfte in diesen Gesetzen einen Angriff gegen demokratische Prinzipien sowie eine Gefahr für den liberalen Charakter der israelischen Gesellschaft sehen, sind die Initiatoren der Gesetze sowie deren politische Anhänger der Meinung, dass dieselben Ausdruck der Mehrheitsmeinung sind und zur Stärkung Israels sowie des jüdischen Charakters von Staat und Gesellschaft unerlässlich sind.

Die Gesetze haben vier Stoßrichtungen bzw. Adressaten. 1) sollen die Finanzierungsbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs) verändert werden. Besonders geht es um dabei um Organisationen, die sich kritisch mit der israelischen Besatzungspolitik auseinandersetzen. 2) sollen im Bereich der Medien investigative Journalisten abgeschreckt werden. 3) gibt es Gesetzesinitiativen, die auf die Diskriminierung der israelischen Araber (20,5% der Bevölkerung) zielen und damit das Prinzip der Gleichheit verletzen. 4) geht es um die Absicht, die Unabhängigkeit des Obersten Gerichts zu beschränken und den Einfluss der Politik auf die Judikative zu erhöhen.

Warum gibt es diese Gesetzesinitiativen gerade jetzt und warum in dieser Massivität? Eine wesentliche Erklärung liefert das Ergebnis der Wahlen vom Februar 2009, die mit einem deutlichen Sieg der rechten und religiös/ultra-orthodoxen Parteien endeten. Neben dem von Benjamin Netanyahu angeführten

national-konservativen Likud wurden vier weitere, noch rechts vom Likud stehende Parteien Mitglied der neuen Regierung: die radikal-nationalistische Partei Yisrael Beitenu, die beiden ultra-orthodoxen Parteien Shas und Vereinigtes Thorajudentum sowie die religiös-nationalistische Partei Jüdisches Haus. Bis Anfang 2011 war auch die gemäßigt links-zionistische Arbeitspartei Mitglied dieser Regierung. Jedoch war sie unter Führung Ehud Baraks - er verließ die Partei im Januar 2011 und verblieb mit der von ihm neugegründeten Partei Atzmaut in der Regierung - nur in sehr beschränktem Maße ein politisches Gegenwicht zu den rechten und religiösen Koalitionspartnern. Stattdessen benutzte Netanyahu die Arbeitspartei besonders im Kontext des Nahostkonflikts geschickt als linkes Feigenblatt für seine eigene politische Agenda, die auf die Bewahrung des Status Quo ausgerichtet ist.

Die Abgeordneten der regierenden rechten und religiösen Parteien sind inzwischen in einer Situation, die es so in Israel nicht oft gab. Sie müssen bei der Umsetzung ihrer Vorstellungen von Staat, Politik und Gesellschaft kaum noch Rücksicht auf moderate oder linke Koalitionspartner nehmen. Die aktuellen gesetzgeberischen Initiativen des Regierungslagers sind deshalb der unmittelbar Ausdruck dieser Situation. Auf Kritik gemäßigter und linker politischer Kräfte erwidern sie, dass sie nichts anderes täten, als – in Übereinstimmung mit ihren Programmen und Wahlplattformen - das Mandat der Wähler umzusetzen. Jene Parteien, die in den vergangenen Jahren zwischen rechts und links, zwischen säkularen und religiösen Kräften für eine Machtbalance gesorgt hatten oder selbst die Regierungen anführten (Kadima, Arbeitspartei, Meretz) sind sämtlich in der Opposition und repräsentieren derzeit nur noch eine deutliche Minderheit der israelischen Bevölkerung.

Eine weitere, möglicherweise die entscheidende Erklärung für die Vielzahl dieser Gesetzesinitiativen sind Verschiebungen der ideologischen Machtbalance im Likud selbst. Die Partei verfolgte zwar stets eine rechts-nationale Politik, jedoch wurden die liberalen Freiheitswerte, wie sie vom ideologischen Gründervater Zeev Jabotinsky oder von Menachem Begin vertreten wurden, in der Vergangenheit nicht in Frage gestellt. Nachdem 2005 eine Reihe von gemäßigten und liberalen Likudmitgliedern zusammen mit Ariel Sharon die Partei verlassen hatten, um gemeinsam mit Vertretern der Arbeitspartei Kadima zu gründen, rückte an ihre Stelle eine neue Generation von Politikern, die offenbar ein politisches Werteverständnis haben, das sich von dem ihrer Vorväter unterscheidet. Zeev Elkin, Danny Danon, Tzipi Hotovely und Yariv Levin sind Vertreter dieser neuen Generation und zusammen mit Abgeordneten von Yisrael Beitenu die Hauptakteure der neuen Gesetzesinitiativen. Dan Meridor, Vize-Premier und Vertreter des liberalen Flügels im Likud, sagte angesichts dieser Entwicklung: "Das ist nicht der Likud, den ich kenne". Und Parlamentspräsident Reuven Rivlin sagte zu den Veränderungen in seiner Partei: „Der neue Likud fühlt sich der Freiheit und den Ideen von Jabotinsky und Begin nicht mehr verpflichtet“.

Die Gesetzesinitiativen werden seit Monaten von einer intensiv und teilweise hitzig geführten nationalen Debatte um die demokratische Verfasstheit von Staat und Gesellschaft begleitet. Von der Verletzung grundlegender Bürgerrechte und der schrittweisen Beseitigung der israelischen Demokratie ist die Rede, von der Stigmatisierung Andersdenkender wie in der McCarthy-Ära und sogar von faschistischen Politikmethoden. Demgegenüber weisen die Initiatoren der Gesetze immer wieder darauf hin, dass ihre Politik von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet und unterstützt wird.

Benny Begin, Kabinettsminister und selbst Vertreter des rechten Flügels im Likud aber zugleich ein überzeugter Liberaler, bezeichnete den Gesetzentwurf zur Begrenzung der finanziellen Unterstützung kritischer NGOs als eine Methode, wie sie in Diktaturen üblich sei. Staatspräsident Shimon Peres sagte in Bezug auf die Gesetzesentwürfe, die die Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshof beschneiden sollen, dass sie vom demokratischen Geist des Staates Israel abwichen. Und die im Februar 2012 aus ihrem Amt scheidende Präsidentin des Obersten Gerichts, Dorit Beinisch, sagte in nie gewesener Schärfe: "Das ist eine Kampagne der Irreführung und Täuschung, sie erschüttert die Grundlagen und ist vergiftet. Dies ist die Methode der Propaganda, die zur offenen Aufwiegelung gegen das Oberste Gericht und seine Richter führt". Auch bei Israels Freunden im Ausland rufen diese Entwicklungen Sorge hervor. US-Außenministerin Hilary Clinton sagte Anfang Dezember auf dem renommierten Saban-Forum in Washington, dass sie nicht verstehe, was derzeit in Israel passiere. Während die USA sich international darum bemühten, zivilgesellschaftliche Organisationen zu stärken, bewege Israel sich genau in die entgegengesetzte Richtung. Und die öffentliche Diskriminierung von Frauen, so Clinton, erinnere sie an extremistische Regime.

Nachfolgend stellen wir Ihnen die Analysen von zwei wichtigen Akteuren der innerisraelischen Debatte zu diesem Thema vor. **Prof. Mordechai Kremnitzer**, Vizepräsident des Israel Democracy Institute kommt in seiner Analyse gemeinsam mit seinen Mitarbeitern **Shiri Krebs** und **Amir Fuchs** zu dem Schluss, dass Israel nach wie vor eine lebendige Demokratie ist, dass es aber eine Erosion demokratischer Werte gibt und die Gefahr besteht, dass Israel seinen Charakter als liberale Gesellschaft verlieren könnte. Er analysiert die verschiedenen Gesetzesinitiativen der Rechtskoalition und teilt sie auf der Basis ihrer politischen Stoßrichtung in drei Gruppen ein: 1) Gesetzesinitiativen, die das Grundprinzip der Gleichheit verletzen, indem sie israelische Araber diskriminieren und ausgrenzen; 2) Gesetzesinitiativen, die die Rede- und Meinungsfreiheit angreifen und 3) Gesetzesinitiativen, die die Unabhängigkeit des Obersten Gerichts beschneiden sollen. Er weist darauf hin, dass aufgrund des Fehlens einer formalen Verfassung dem Obersten Gericht eine ganz besonders wichtige Rolle bei der Wahrung demokratischer Regeln sowie von Menschen- und Bürgerrechten zukomme. Die Kombination von anti-demokratischer Gesetzgebung mit einer Kampagne gegen das Oberste Gericht sei deshalb besonders gefährlich.

Emily Amrousi, Journalistin und Kolumnistin der rechten Tageszeitung „Israel HaYom“ und ehemalige Sprecherin des Verbandes der Jüdischen Siedler in der Westbank sieht - diametral entgegengesetzt zu Mordechai Kremnitzer - die aktuellen Gesetzesinitiativen als Ausdruck einer endlich beginnenden wahren Demokratie in Israel. Nach ihrer Meinung haben die Rechten zwar seit dem Wahlsieg Menachem Begin im Jahr 1977 zumeist die Regierung gestellt, jedoch habe es im öffentlichen Dienst, im Rechtssystem, in der Wissenschaft und in den Medien immer eine de-facto Herrschaft der Linken gegeben. Nun würden die gewählten Abgeordneten nichts anderes tun, als das demokratische Mandat, das ihnen von der Mehrheit der israelischen Bürger verliehen wurde, in ihrer Arbeit als Gesetzgeber umzusetzen. Was die Linken als „Verletzung der Demokratie“ bezeichneten, sei deshalb in Wahrheit der Beginn echter Demokratie. Hiervon ausgehend, ist das Gesetz zur NGO-Finanzierung für Emily Amrosi eine Stärkung der Souveränität Israels und eine Abwehr ausländischer Einmischung in innere Angelegenheiten. Die dem Obersten Gericht gewidmeten Gesetzesinitiativen seien absolut gerechtfertigt, da dieses inzwischen über eine zu große Macht verfüge. Und das Diffamierungsgesetz sei ein notwendiges Warnzeichen für Journalisten, die leichtfertig mit der Wahrheit umgingen und ihrer Verantwortung nicht gerecht würden. Außerdem untersucht die Autorin die jüngsten Ereignisse der Diskriminierung von Frauen durch Vertreter der ultra-orthodoxen Gemeinschaft. Sie sieht darin zwar Anzeichen einer besorgniserregenden religiösen Radikalisierung. Zugleich aber vertritt sie die Auffassung, dass die Trennung zwischen Männern und Frauen ein natürliches Verlangen und keinesfalls Ausdruck der Unterdrückung von Frauen sei.

Dr. Ralf Hexel, Leiter des FES-Büros in Israel
Herzliya, 5. Januar 2012

Israel – Demokratie vor einer Herausforderung

Von Prof. Mordechai Kremnitzer, Shiri Krebs und Amir Fuchs

Demokratie ist mehr als nur ein formaler Rahmen oder das Abhalten von freien Wahlen. Eine demokratische Ordnung hat innere Werte, einen bestimmten Inhalt und Grundprinzipien. Die wichtigsten dieser Prinzipien – Gleichheit und Rede- und Versammlungsfreiheit – sind derzeit in Israel direkten Angriffen ausgesetzt, und zwar von Seiten des Gesetzgebers. Darüber hinaus ist auch das Oberste Gericht, die einzige Institution, die die Rechte von Minderheiten in Israel schützen kann, Zielscheibe einer ganzen Reihe von Gesetzesentwürfen, die seine Befugnisse und seine Unabhängigkeit im Visier haben.

Gleichheit

Das erste demokratische Prinzip, das durch die neue Gesetzgebung attackiert wird, ist das Gleichheitsprinzip. Eine große Zahl der neuen Gesetzesentwürfe und Gesetze brechen mit dem Prinzip der Gleichheit, indem sie israelische Araber diskriminieren und ausgrenzen.

1. Gesetzesinitiativen, die „Loyalitätseide“ auferlegen sollen

Der Knesset wurde vor kurzem eine ganze Reihe von Gesetzesentwürfen vorgelegt, in denen es um die Einführung einer Solidaritätserklärung für den „jüdischen und demokratischen Staat“ ging, die an verschiedenen Stationen im Leben eines Bürgers abgelegt werden soll. Dazu gehören Einbürgerung, Vereidigung vor der Knesset, Berufungen in den öffentlichen Dienst oder in kommunale Behörden sowie der Erhalt von Pässen oder Lizenzen. Diese Entwürfe verunglimpfen die Loyalität der arabischen Bürger des Staates, von denen vermutlich viele eine solche Erklärung nicht unterzeichnen werden wollen, da sie die Bezeichnung „jüdischer Staat“ als Ausdruck von Diskriminierung ihnen gegenüber auffassen könnten.

Wie im Folgenden gezeigt wird, gehen diese Entwürfe Hand in Hand mit Entwürfen, die die Bedeutung von „jüdisch und demokratisch“ in eine Richtung verändern, die aus der Perspektive der arabischen Minderheit problematisch und offensiv ist. Dies erschwert es Arabern umso mehr, diese Erklärungen zu unterschreiben.

2. Gesetzesinitiativen, die die Aufnahme von Arabern in kleine Dörfer verhindern sollen

Eine der schädlichsten Initiativen, die vergangenen Sommer als Gesetz ratifiziert wurde, ist das „Zulassungskomitee-Gesetz“. Dieses Gesetz würde es Zulassungskomitees in kleinen Dörfern in Galilea und im Negev, in denen weniger als 400 Familien leben, erlauben, aus verschiedenen Gründen Kandidaten, die ein Haus in dem Dorf kaufen möchten, abzulehnen. Zu diesen Gründen gehören „Untauglichkeit im Hinblick auf das sozio-kulturelle Gefüge“ des Dorfes. Für den Vorsitzenden des Justizausschusses der Knesset selbst besteht der eigentliche Zweck dieses Gesetzes in der Tat darin, „nicht-zionistische Elemente“ — d. h. die Mehrheit der israelischen Araber – die nicht in der Armee gedient oder einen Ersatzdienst abgeleistet haben – daran zu hindern, in kleine Dörfer zu ziehen.

Abgesehen davon, dass dieses Gesetz die Wohnungsoptionen für nicht-jüdische Minderheiten massiv einschränken würde, stellt es auch einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Rechte der schwächer gestellten jüdischen Bevölkerung in Israel dar. Es würde die Ausgrenzung von Neueinwanderern, Äthiopiern, russischen Immigranten, Alleinerziehenden, Homosexuellen oder jeder anderen Gruppe, die in den Augen der „sozio-kulturellen“ Mehrheit als „ungeeignet“ angesehen wird, ermöglichen.

3. Gesetzesinitiative, die Einrichtungen sanktioniert, die von der Regierung unterstützt werden und die an die „Nakba“ erinnern

Auch dieses Gesetz wurde schließlich ratifiziert. „Nakba“ ist das arabische Wort für „Katastrophe“, und die Palästinenser benutzen es für den Tag der Gründung des Staates Israels, in Erinnerung an ihr Desaster im Jahr 1948. Das Gesetz erlaubt dem Finanzminister, die finanzielle Unterstützung von öffentlichen Einrichtungen (zum Beispiel einer lokalen Gemeinschaft) zu unterbinden, falls diese Gelder für Veranstaltungen verwenden, in denen der Nakba gedacht wird. Dabei muss hervorgehoben werden, dass das Gesetz dem Finanzminister die Möglichkeit gibt, eine Sanktion in Höhe von bis zu 50 % der staatlichen Unterstützung für die Einrichtung

oder bis zur dreifachen Geldsumme des ausgegebenen Geldes aufzuerlegen.

Wir sind der Meinung, dass dieses Gesetz diskriminierend ist und die Redefreiheit einschränkt – die Freiheit, etwas auszusprechen, was für die Mehrheit unangenehm ist. Dies ist eine Bekundung von Intoleranz. Da zudem weitere Menschen von der Sanktion betroffen werden als ausschließlich diejenigen, die die Entscheidung trafen (zum Beispiel Anwohner der Gemeinde), liegt hier darüber hinaus auch ein Aspekt von kollektiver Bestrafung vor. Dieses Gesetz fügt sich wunderbar ein in andere anti-arabische Gesetze und Gesetzesentwürfe, die allesamt darauf abzielen, die Araber als eine einheimische Minderheit und legitime politische Gruppe in Israel zu delegitimieren.

Es hat den Anschein, als lasse das Ziel der Hamas, Israel zu eliminieren, zusammen mit der nuklearen Bedrohung des Irans die Angst in den Herzen der meisten israelischen Juden größer werden. Angst ist ein Feind der Freiheit. Hoffnungslosigkeit angesichts der Chance auf Frieden mit den Palästinensern erzeugt Chauvinismus, Intoleranz und Feindseligkeit gegenüber der arabischen Minderheit und eine Tendenz zum Autoritären.

Redefreiheit

Eines der vitalsten Prinzipien, das in diesen Tagen unter Beschuss steht und das unabdingbar ist für die Existenz einer jeden demokratischen Ordnung, ist die Redefreiheit.

Leider erweckt die derzeitige israelische Führung nicht den Eindruck, als würde sie dieses Demokratieverständnis teilen, sondern kämpft vielmehr darum, dieses grundlegende demokratische Recht einzuschränken und zu beschneiden. Im Namen der „Loyalität“ zum Staat versuchen israelische Knesset-abgeordnete und Mitglieder der Regierung, Äußerungen zu verbieten, die die Regierung kritisieren. Darüber hinaus delegitimieren sie Meinungen von Minderheiten, Mitgliedern der Opposition und der Zivilgesellschaft und behandeln diese wie eine existenzielle Bedrohung des Staates. Mehrere Beispiele aus den vergangenen Monaten demonstrieren

diese beunruhigende Tendenz, legitime Kritik zum Schweigen zu bringen und zivile Proteste zu verhindern.

1. Gesetzesinitiativen, die die finanzielle Unterstützung von linken, Menschenrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen einschränken sollen

In den vergangenen Monaten haben Mitglieder der Knesset Gesetzesentwürfe vorgelegt, die verhindern oder einschränken sollten, dass NGOs in Israel von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der Europäischen Union Zuwendungen annehmen dürfen. Nach Aussage von Knesset-Mitglied Ofir Akunis (Likud) besteht das Ziel in der Verhinderung von Aktivitäten, die zu „ziviler Unruhe“ führen. Außenminister Lieberman hat die NGOs als „Gehilfen des Terrors“ bezeichnet. Zum jetzigen Zeitpunkt sieht das Gesetz vor, dass jede Organisation, die keine Unterstützung vom Staat erhält, 45 % Steuern auf Zuwendungen zahlt, die von einem ausländischen Staat kommen. Das Gesetz autorisiert außerdem den Finanzausschuss der Knesset – ein rein politisches Gremium –, eine Organisation von dieser Steuer zu befreien. Dies ist nicht besser als der ursprüngliche Vorschlag, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen, die den Aktivitäten und der Finanzierung der NGOs nachgehen soll. Darüber hinaus hält das Gesetz fest, dass jegliche Beiträge von ausländischen Staaten vollständig verboten werden, wenn sie für weitere genau spezifizierte Zwecke verwendet werden. Damit behandelt das Gesetz in gleicher Weise auf der einen Seite Organisationen, die einen illegalen bewaffneten Kampf gegen den Staat unterstützen oder zu Rassismus aufstacheln und auf der anderen Seite legale Aktivitäten, die das grundlegende Recht auf Redefreiheit (wie zum Beispiel die Unterstützung von gewaltfreiem zivilem Boykott) und das Rechtsstaatsprinzip ausüben (wie die Unterstützung der strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen außerhalb von Israel). Dieses Gesetz gefährdet Israels Beziehungen zu vielen ausländischen Staaten, die als „Feind“ behandelt werden. Es ignoriert die

universell geltenden Menschenrechte. Das Gesetz entstand aus der Sorge über die Delegitimierung des Staates Israel heraus. Allerdings unterminiert es auf paradoxe Weise eine von Israels wertvollsten Errungenschaften – seine Demokratie – und spielt damit Israels Feinden in die Hände.

2. Gesetzesinitiativen, die investigative Journalismus zum Schweigen bringen sollen

Der Änderungsantrag zu Israels Verleumdungsgesetz, der von MK Yariv Levin (Likud) und MK Meir Shitrit (Kadima) eingereicht wurde, hat gerade die erste Phase zur Verabschiedung als Gesetz durchlaufen. Diese Ergänzung sieht vor, dass Schadensersatzforderungen für üble Nachrede und Verleumdung von 50.000 Shekel auf 300.000 und in einigen Fällen auf 1,5 Mio. Shekel erhöht werden – in Fällen, in denen kein Schaden nachgewiesen wurde. Darüber hinaus verpflichtet diese Ergänzung Zeitungen dazu, den Kommentar über den Fall in voller Länge zu publizieren, unabhängig davon, wie umfangreich dieser ist. Diese Gesetzesnovelle, die als Initiative zur Wahrheitsfindung verkleidet daherkommt, hat das gefährliche Potenzial, investigative Journalisten abzuschrecken und in ihrer Arbeit zu behindern. Nach dem existierenden Gesetz reicht es nicht aus, dass eine Zeitung alle angemessenen Schritte unternommen hat, um die Wahrheit herauszufinden; vielmehr hat sie den Wahrheitsgehalt der Veröffentlichung zu beweisen. Vor diesem Hintergrund stellt das neue Gesetz, wenn es verabschiedet wird, einen Maulkorb dar und wird wohl die Wächter der Demokratie zum Schweigen bringen; zumal die finanzielle Situation der meisten Medienunternehmer schwierig ist.

3. Gesetzesinitiativen, die die Öffentlichkeit davon abhalten sollen, von ihrem Recht auf friedlichen und gewaltfreien Protest Gebrauch zu machen

Das Verleumdungsgesetz geht Hand in Hand mit einer anderen aktuellen Gesetzesinitiative: dem Anti-Boycott-Gesetz, das vor einigen Monaten von der Knesset verabschiedet wurde. Nach diesem neuen Gesetz kann eine

Person oder eine Organisation, die zum Boykott von Israel oder der israelischen Siedlungen in der West Bank aufruft, von der Zielgruppe des Boykotts verklagt werden – auf einen Betrag von unbegrenzter Höhe. Ein Schaden muss dabei nicht nachgewiesen werden. Ein Aufruf an Theaterschauspieler, nicht an Aufführungen in der West Bank teilzunehmen, wurde damit zu einem zivilrechtlichen Delikt.

Man kann darüber streiten, ob Boykott ein moralisch gerechtfertigtes Mittel des öffentlichen Diskurses ist, aber darauf mit einem Gesetz zu reagieren und Boykottaufrufe zu verbieten, ist übertrieben und unangemessen. Die Botschaft des Gesetzes impliziert außerdem, dass es keinen Unterschied zwischen Israel und der West Bank gibt: Opposition gegen die Siedlungen wird damit als Feindseligkeit gegen den Staat Israel angesehen. Zusammengenommen demonstrieren diese drei Beispiele aus jüngster Vergangenheit, zusammen mit dem ebenfalls oben diskutierten Nakba-Gesetz und weiteren aktuellen Gesetzesinitiativen, eine Aufweichung von Israels Bekenntnis zur Redefreiheit. Die Initiatoren und Unterstützer der anti-demokratischen Gesetzgebung wollen Kritik an der Regierung und ihrer Politik delegitimieren. Sie stellen legitime und gewaltfreie Aktivitäten als „illoyale“ Aktivitäten dar, die darauf abzielen, die Existenz des Staates zum Erlöschen zu bringen. Redefreiheit ist der Eckpfeiler von Demokratie. Wird die Redefreiheit eingeschränkt, dann haben auch Wahlen nur noch begrenzten Wert.

Das Oberste Gericht

Ein Bündel von Gesetzesinitiativen neueren Datums zielt darauf ab, die Macht des Obersten Gerichts zur Annullierung von durch die Knesset verabschiedeten Gesetzen zu beschneiden. Andere Entwürfe haben das Ziel diese Macht zur Gesetzesrevision zu limitieren, indem diese an eine erweiterte Jury von Richtern mit einer speziellen Mehrheitsregelung verweisen wird. Darüber hinaus enthält einer der Entwürfe einen Aufhebungsmechanismus, der es der Knesset ermöglichen würde, Gesetze, die das Oberste Gericht

annulliert hat, erneut zu erlassen. Ein weiteres Bündel bedroht die Unabhängigkeit des Obersten Gerichts durch die Art und Weise, in der Richter berufen werden und indem Politikern mehr Einfluss bei diesem Berufungsprozess eingeräumt werden soll. Durch das Fehlen einer formalen Verfassung kommt dem Obersten Gericht eine entscheidende und einzigartige Verantwortung bei der Wahrung der demokratischen Regeln und der Menschen- und Bürgerrechten zu. In den ersten Jahrzehnten nach Staatsgründung hat das Gericht verbindliche Grundrechte festgelegt, deren Rolle sich im Rückblick bei der Etablierung von Israels liberaler Demokratie als entscheidend erwiesen haben. Außerdem bietet das Oberste Gericht in seiner Funktion als Oberster Gerichtshof der arabischen Minderheit, der politisches Gewicht fehlt und die von der Regierungsteilnahme ausgeschlossen wurde, den einzigen Schutz vor Willkür und Diskriminierung seitens der Mehrheit. Dies gilt auch für die palästinensischen Bewohner in Judea und Samaria, die keinerlei politische Rechte haben. Und zahlreiche Entscheidungen des Obersten Gerichts beweisen, dass jüdische Bürger ebenfalls häufig den gerichtlichen Schutz ihrer Rechte brauchen.

Unabhängige Gerichte und die hohe professionelle Qualität ihrer Mitarbeiter stellen wesentliche Werte in der Rechtsprechung dar. Jeglicher Angriff auf den Obersten Gerichtshof – sei es durch die Politisierung des Auswahlprozesses der Richter oder durch Einschränkung seiner Autorität, über Menschen- und Minderheitenrechte zu wachen – ist ein Angriff auf die Demokratie. Die Kombination von anti-demokratischer Gesetzgebung und der Kampagne gegen das Gericht ist besonders gefährlich.

Zusammenfassung

Es muss betont werden, dass Israel heute immer noch eine lebendige Demokratie ist. Erst diesen Sommer sind fast eine halbe Million Israelis auf die Straße gegangen, um friedlich zu demonstrieren, ohne jegliche Beeinträchtigung oder Störung von Seiten der Behörden. Die israelische Presse ist immer noch kritisch der Regierung gegenüber, und die demokratischen Mechanismen der Regierung sind intakt. Nichtsdestotrotz gibt es eine Erosion von Werten in der israelischen Demokratie. Ein erbitterter Kampf um die Seele der israelischen Gesellschaft findet statt. Wird Israel weiterhin eine liberale Demokratie bleiben oder wird es seinen liberalen Charakter verlieren? Wird das Land die falsche Vorstellung, nach der Demokratie ausschließlich die Herrschaft der Mehrheit bedeutet, übernehmen oder zurückweisen? Es gibt Hoffnung, dass die israelischen Bürger, die der Demokratie verpflichtet sind, alles in ihrer Macht stehende tun werden, um Freiheit und Menschenwürde zu verteidigen. Wenn sie das tatsächlich tun, kann die israelische Demokratie gerettet werden.

Prof. Mordechai Kremnitzer ist Vizepräsident des Israel Democracy Institute. Er ist Professor emeritus der Juristischen Fakultät der Hebrew University of Jerusalem, deren Dekan er 1990-1993 war. Prof. Kremnitzer war Präsident des Israelischen Presserats (2000-2003) und akademischer Leiter des Minerva Centers for Human Rights at the Hebrew University (2001-2003). **Shiri Krebs** und **Amir Fuchs** sind Wissenschaftler am Israel Democracy Institute.

Wenn schon Demokratie, dann wahre Demokratie!

von Emily Amrousi

1977 gewann zum ersten Mal seit der Gründung des Staates Israel das national-konservative Lager die Wahlen und sein Premierministerkandidat – Menachem Begin – bildete die Regierung. Seither sind 35 Jahre vergangen. Während des Großteils dieser Zeit (24 Jahre) hatte die israelische Rechte die Regierungen gestellt. Eigentlich sollte eine Frau wie ich, die diesem Lager angehört und an das Recht des jüdischen Volkes auf das Land Israel glaubt, zufrieden sein. Aber es handelte sich um nichts als eine Sinnestäuschung: es war die Stimme des Jakob mit den Händen des Esau.

Immer wieder wählte die israelische Demokratie mehrheitlich die Rechte. Und immer wieder bekamen die Wähler das Gegenteil. Egal, wer in den Wahllokalen die Stimmenmehrheit davontrug – es war immer die Politik der Linken, die praktisch zum Tragen kam. Genau genommen hat das rechte Lager nie in Israel regiert.

In den Gründungs- und frühen Entwicklungsjahren des jungen Staates machte die herrschende Arbeiterpartei *Mapai* ihren Einfluss auf sämtliche Bereiche des bürgerlichen Lebens äußerst effektiv geltend, von der Verwaltung der Krankenkassen bis zu den wichtigsten arbeitgebenden Unternehmen. Bis 1977 hatte es die ideologische Linke geschafft, sich in sämtlichen Machtzentren des Landes eine de-facto-Herrschaft zu verschaffen: der akademischen Elite, der Verwaltung des öffentlichen Dienstes (die Staatsanwaltschaft ist hierfür ein deutliches Beispiel), und absolut umfassend auch in den Medien. Die Wahlen des Jahres 1977 und der drei Folgejahrzehnte hatten keinerlei Einfluss auf diese Sammelpunkte linker Herrschaft, wo man jede Möglichkeit einer Repräsentation weiterer (maßgebender) Gruppen unterband. Die scheiternde Opposition fuhr damit fort, den Staat zu regieren und zu verwalten – außerhalb der Knesset.

Die Medien, ein wichtiges Sprachrohr jeder Demokratie, liegen in den Händen einer halbstarken Minderheits-Gang mit linksliberaler Weltanschauung – einer Diktatur, die sich dem Staat Israel aufgezwungen hat, ohne gewählt worden zu sein. Es ist ein geschlossener Club. Nicht der kleinste Spalt öffnet sich dort. Sobald sich Journalisten konservativer Gesinnung nähern, werden die Reihen dicht geschlossen. Mehr als einmal gelang es dieser Clique mit ihrer unverhohlenen Agenda, die politischen Entscheidungsträger zu beeinflussen. Die Presse förderte und unterstützte umstrittene Maßnahmen, darunter auch solche, die das Volk entzweiten: die politischen Verträge, der militärische Rückzug aus dem Südlibanon sowie die Entwurzelung des Katif-Siedlungsblocks im Gazastreifen und der Siedlungen des nördlichen Samaria.

Paradoxerweise sieht sich das israelische Parlament, das die gesamte Bevölkerung des Landes getreu vertritt, gezwungen, sich vor diesen oppositionellen Eliten und Beherrschern der diversen Machtzentren zu verteidigen. Und jetzt, wo es mit der Rechten identifizierte Abgeordnete zum ersten Mal wagen, das Mandat umzusetzen, das ihnen von der Mehrheit der israelischen Bürger verliehen wurde, lautet die Reaktion des linken Lagers, es handle sich um eine Welle antidemokratischer Gesetzgebung. Zum ersten Mal ist seine Hegemonie bedroht, und es zeichnet sich die Chance auf eine Veränderung der politischen Einfarbigkeit der öffentlichen Einrichtungen ab. Nämlich die Chance auf einen Meinungspluralismus, der tatsächlich die Standpunkte der breiten Öffentlichkeit widerspiegelt. Die Reaktion lautet natürlich: »Verletzung der Demokratie«.

Meint ihr das ernst? Schließlich ist genau das das Wesen einer Demokratie. Deren Prüfung und Umsetzung obliegt derzeit der besiegten Linken: Seid ihr wahre Demokraten? Werdet ihr imstande sein, das Urteil des Wählers anzunehmen, auch wenn dieses eurer Weltanschauung nicht entspricht? Immer wieder seid ihr im Wettbewerb um das Vertrauen der Öffentlichkeit gescheitert und habt dennoch

weiter geherrscht. Und ihr redet von Demokratie?

Jeder Student der politischen Wissenschaften weiß bereits im ersten Semester zu zitieren, dass in einer Demokratie ausgleichende und bremsende Kräfte am Werk sind, um zu verhindern, dass das System aus dem Ruder gerät. In Israel werden jedes Mal, wenn die Führung sich nach rechts wendet, sämtliche Gegengewichte und Bremsen aktiviert – und das mit voller Kraft. Sollte sich die Regierung jedoch nach links wenden – dann kommen die Gegengewichte nicht zum Einsatz, die Bremsen werden blockiert, und der Weg zur Verwirklichung der Wünsche der Linken ist frei.

Die für Israels Zukunft so entscheidenden Abkommen von Oslo zum Beispiel wurden von der Knesset mit einer zufälligen und knappen Stimmenmehrheit verabschiedet. Die Abkoppelung und die damit verbundene Vertreibung tausender israelischer Staatsbürger aus ihren Häusern und die Entwurzelung von 26 blühenden Siedlungen war ein antidemokratischer Akt, gestützt auf den Raub von Wählerstimmen, die rechts gewählt und links bekommen hatten. Ariel Sharon musste zwei Minister aus seinem Kabinett entlassen, um seinen Gaza-Abkoppelungsplan durchzubringen. Er ignorierte den in einer Umfrage unter neuen Likud-Mitgliedern deutlich zum Ausdruck gebrachten Wunsch der Wähler und trat die Demokratie mit Füßen. Das Bremssystem hörte auf, zu funktionieren: Medien, Staatsanwaltschaft, Universitäten und Justiz schwenkten auf jene 180-Grad-Kehrtwende ein, die der Premierminister eingeschlagen hatte. Denn schließlich ging er nach links.

Derzeit wird die ganz normale Arbeit der Knessetabgeordneten – die Legislative – als antidemokratischer Akt bezeichnet. Dabei nimmt man nicht etwa auf jedes einzelne dieser Gesetze Bezug, sondern auf sie alle zusammen, in einer Art von buntem Gemisch, als handle es sich um eine mysteriöse Verschwörung, die es darauf abgesehen habe, Israel als freien Staat zu zerstören. Als ob irgendein Zusammenhang zwischen dem

Diffamierungsgesetz und den Steuergesetzen für NGOs bestünde.

Zwischen dem einen und anderen hysterischen Aufschrei dieser Tage darf man jedoch einige Punkte nicht vergessen:

1. Eine Demokratie ist eine Demokratie, auch wenn das unbequem ist oder mit dem eigenen Standpunkt kollidiert.
2. Die Änderungen, die heute vorgenommen werden, sind zu wenige und kommen zu spät.
3. Wenn man jedes dieser Gesetze spezifisch untersucht, lässt sich kaum eine wirkliche Verletzung der Linken erkennen!

Die Korrektur des NGO-Gesetzes

Der Zweck dieser vom Likud-Abgeordneten Ofir Akunis vorgeschlagenen Korrektur ist die Verhinderung einer Einmischung ausländischer Regierungen in die innerstaatlichen Belange des Staates Israel. Diese Einmischung erfolgt durch die finanzielle Unterstützung umstrittener NGOs, deren Aktivitäten zum Großteil die Kernfrage des inner-israelischen politischen Diskurses betreffen. Es handelt sich um eine natürliche Verstärkung der Unabhängigkeit und Souveränität des Staates Israel.

Es wurde versucht, diesen Gesetzesentwurf als Angriff auf Menschenrechtsorganisationen darzustellen. Wer sich jedoch die Mühe machte, ihn durchzulesen, konnte feststellen, dass er sich ausschließlich auf politische NGOs bezieht, und zwar solche, deren Ziel es ist, »die politische und sicherheitsrelevante Agenda des Staates zu beeinflussen«. Nach dem Gesetzesentwurf können diese politischen NGOs ihre Tätigkeiten nach Belieben fortsetzen, aber eben nicht durch die Finanzierung ausländischer Regierungen (private Spender und Stiftungen können weiterhin Gelder zuschießen).

In letzten Jahren haben europäische Staaten und EU-Vertretungen Millionen von Euros an Organisationen überwiesen, deren Aktivitäten in der israelischen Gesellschaft nicht die Unterstützung der Öffentlichkeit genießen. Obwohl sie als soziale Körperschaften dargestellt werden, handelt es sich dabei in jeder Hinsicht um eine politische Opposition.

Diese Organisationen unterhalten weder Theater-Workshops in den Entwicklungsländern noch entschädigen sie Landwirte für Wetterschäden. Ihr erklärtes Ziel sind politische Veränderungen. Ihr heimliches Ziel ist die Liquidierung Israels als jüdischen Staat.

Israel ist einer der wenigen Staaten auf Erden, die es anderen Staaten gestatten, in ihre Intimsphäre einzudringen, und sich auf eine Weise in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen, die sich über solche Nebensächlichkeiten wie Souveränität, Demokratie oder Wählerwunsch hinweggesetzt. Eine kleine Minderheit, reich versorgt mit Mitteln aus dem Ausland und von der israelischen Öffentlichkeit kaum unterstützt, bekommt somit eine so ungeheure Präsenz im öffentlichen Diskurs und organisatorische Stärke, dass der Gang der Israelis ins Wahllokal nur noch ein symbolischer Akt bleibt: Schweden, Holland und Spanien wissen, was gut für uns ist. Und auch die britische Besatzung ist noch da. Mögen sich die Anhänger der Linken doch dazu bequemen und versuchen, die Bürger Israels mit legitimen Mitteln zu überzeugen.

Veränderungen in der Richter-Auswahlkommission für das Oberste Gericht

Die Darsteller des derzeitigen Festivals behaupten, eine Veränderung der Zusammensetzung der Richter-Auswahlkommission (und damit einhergehende Anpassung an das, was in allen westlichen Staaten üblich ist) schwäche das Oberste Gericht. Tatsächlich jedoch ist das öffentliche Vertrauen in das Oberste Gericht im Lauf des vergangenen Jahrzehnts von einer nahezu vorbehaltlosen Unterstützung auf ein beispielloses Tief gesunken.

Dieser Ansehensverlust war nicht etwa die Folge einer politischen Beeinflussung des Obersten Gerichts durch die Knesset, sondern das Gegenteil war der Fall: die vom vorherigen Präsident des Obersten Gerichts Aharon Barak angeführte konstitutionelle Revolution bestimmte mir ihrem System des juristischen Aktivismus praktisch die Gesetzgebung der Knesset. In den Augen der Öffentlichkeit handelte es sich dabei um eine Politisierung

des Rechtssystems. Entsprechend nahm das Vertrauen in das Rechtssystem ab. Mein Journalistenkollege Dr. Dror Ider hat das folgendermaßen kommentiert: *»Wer hat beschlossen, dass die Werte eines bestimmten Menschen – so wichtig dieser auch sein mag – mit den Werten einer gesamten Nation übereinstimmen? Wer hat Aharon Barak bevollmächtigt, für die Mehrheitsgesellschaft zu bestimmen, was das rechte Maß ist? Für uns alle in politischen und kulturellen Fragen die Standpunkte abzustecken, über die sich die Geister dieser Gesellschaft seit jeher scheiden«?*

Aus diesem Grund kann es keine Gesetzgebung geben, die richtiger und gerechtfertigter wäre als die Absicht, die enorme Macht des Obersten Gerichts ein wenig einzuschränken. Denn diese hat inzwischen eine Dimension erreicht, wie sie in keinem anderen westlichen Staat zu finden ist, und in deren Folge sich das notwendige Gleichgewicht zwischen den Institutionen verschoben hat. Der aus Aharon Baraks Werkstatt stammende Leitsatz *»alles ist justiziabel«* verleiht diesem den Stellenwert eines politischen Gerichts.

Hinzu kam die unverhüllte Ideologie einer Bevorzugung universaler Werte gegenüber den Werten des Zionismus und dem Wohl der israelischen Nation, die um ihr Überleben kämpft. Zur Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens in das Rechtssystem gehört eine sichtbare Beteiligung von Bevölkerungsektoren, die jahrelang aus diesem verdrängt wurden. Weiterhin ist es erforderlich, dass die Richter durch einen demokratischen Prozess ernannt werden und nicht nach dem aus geschlossenen Clubs bekanntem System *»Mitglieder werben Mitglieder«*.

Das Diffamierungsgesetz

Auch in den Medien wird eine Atmosphäre der allgemeinen Mobilmachung spürbar. Änderungen bahnen sich an im Staate Dänemark. Seit Generationen schon genießt die israelische Presse eine monolithische gedankliche Homogenität hinsichtlich der kulturellen und politischen Kernprobleme des

Landes. Es gibt weder im Radio noch im Fernsehen einen einzigen namhaften Redakteur mit konservativen oder neokonservativen Ansichten – das gilt umso mehr für öffentlich-rechtliche Kanäle wie der Armeesender oder die staatliche Rundfunkanstalt. Weite Teile der Bevölkerung, die das Gros der israelischen Gesellschaft darstellen – Einwanderer aus Russland, Ultra-orthodoxe, Religiöse, rechts orientierte oder arabische Bürger – werden von den Mikrofonen und TV-Bildschirmen ferngehalten und sind nicht einmal ansatzweise vertreten. Der Großteil der Journalisten gehört einer rücksichtslos dominierenden Minderheitsgruppe an, die die Stimme der Mehrheit unterdrückt.

An dieser Stelle muss man fragen: wo waren all diese Ritter der Demokratie, als der Staat vor einem Jahrzehnt beschloss, den Radiosender *Kanal 7* zu schließen, das einzige Medium der israelischen Rechten? Dieser brutale Akt brachte einen riesigen Öffentlichkeitssektor zum Schweigen und nahm ihm das einzige Mittel, seine Standpunkte zu veröffentlichen.

Das Diffamierungsgesetz, dem auch der Titel »Mundverbotsgesetz« verliehen wurde, wird als Versuch Netanjahus dargestellt, sich der israelischen Medien zu bemächtigen. In Wahrheit jedoch handelt es sich um eine Gesetzeskorrektur, die besagt, dass eine Person, über die Lügen veröffentlicht wurden, fortan 300,000 Schekel Schmerzensgeld einklagen darf, ohne einen Schadensnachweis erbringen zu müssen, und das im Gegensatz zu der bisher üblichen Höchstsumme von 50,000 Schekel.

In meinen Augen ist das ein angemessenes Gesetz, das Journalisten, die im Umgang mit der Tastatur allzu leichtfertig sind, zu publizistischer Vorsicht und Verantwortung erziehen soll. Wer negative Informationen über eine Person besitzt, sollte diese vor der Veröffentlichung ein zweites Mal überprüfen, das ist alles. Diese Gesetzeskorrektur enthält nichts, um jemandem das Wort zu verbieten sondern lediglich die Aufforderung, seine Worte abzuwägen. Es ist ein Warnzeichen für

Menschen mit loser Zunge, sorgfältiger darauf zu achten, was aus ihrem Munde kommt. Gerade der Aufschrei gegen dieses Gesetz zeugt vom Charakter derer, die sich empören: Wissen sie womöglich etwas über Diffamierung und üble Nachrede, das uns entgangen ist?

Nach der Teilnahme an der Tagung »Die freie Presse«, die als Protest gegen die Korrektur des Diffamierungsgesetzes veranstaltet wurde, berichtete mein Kollege Kalman Liebeskind von der Tageszeitung *Ma'ariv* wie folgt: *»500 Journalisten hatten sich dort versammelt, um das nahe Ende der Demokratie zu beweinen. Aber es war nicht die freie Meinungsäußerung, die ihnen zu schaffen machte, und auch nicht die Demokratie. Jeder von ihnen kam mit seiner eigenen Wut zu diesem Kongress, einer Wut auf diese dummen Knessetabgeordneten der Rechten, die das dumme Volk gewählt hatte«.*

Somit geht es bei besagtem Aufschrei nicht nur um die Auswirkungen der festgesetzten Summe auf die freie journalistische Arbeit, wie darzustellen versucht wurde. Die Linke stellt sich auf die Hinterbeine, um die Zentren ihrer Hegemonie zu verteidigen. Das Gerede über das Diffamierungsgesetz ist nur der Schaum auf den Wellen. Das Gesetz interessiert sie viel weniger als das Gefühl, dass die alte Medienordnung am Vorabend einer Revolution steht, die auch den Standpunkten der Mehrheit der Öffentlichkeit in der Presse eine Stimme verleihen wird. Diese Revolution hat übrigens nichts mit Netanjahu zu tun, sondern mit Druck von unten: das Volk fordert Gerechtigkeit in den Medien.

Das Lärmgesetz

Was neuerdings als »Moscheen-Gesetz« bezeichnet wird, ist nichts anderes als ein Umweltgesetz zur Vermeidung des übermäßigen Gebrauchs der Lautsprecheranlagen von Gebetshäusern.

Die Initiatorin dieses Gesetzes, Knessetabgeordnete Anastasia Michaeli, schlägt eine Reihe von Lösungen vor, damit die starken Lautsprecher, die zum Gebet in den Moscheen aufrufen, die Ruhe der Bürger nicht stören und deren Lebensqualität nicht beeinträchtigen.

Einige dieser Lösungen sind sogar in den arabischen Staaten üblich: die Ausrichtung der Verstärkeranlagen zur Mitte der Ortschaften, eine Synchronisierung aller Anlagen, damit der Aufruf einheitlich zur selben Zeit erfolgt, sowie eine Kontrolle der Sendelautstärke. Hunderttausende von israelischen Bürgern in den Regionen Galiläas, des Negev, Jerusalems und der Städte mit gemischter Bevölkerung leiden tagtäglich unter dem Umweltlärm, der durch den Ruf des Muezzins entsteht, vor allem in den frühen Morgenstunden. Je mehr sich Israel zu einem dicht besiedelten, engen Land entwickelt, desto mehr werden auch die Gepflogenheiten der Moscheen, deren Aktivitäten die Lebensqualität zahlreicher Bürger beeinträchtigen, zur Umweltbelastung.

Das Gesetz soll den Lärmpegel der Moscheen begrenzen, nicht etwa den Muezzin verbieten. Es kann nicht sein, dass das Recht des einen auf sein Gebet das Recht des anderen auf ungestörten Schlaf verletzt. Der Gesetzgeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Moscheen nicht zu Brennpunkten von Konflikt und Feindseligkeit werden, sondern religiöse Dienstleistungen anbieten. Dennoch müssen die Richtlinien wegen der Brisanz des Themas im Geist von Verständnis und gutem Willen festgelegt werden, auf der Basis von Konsens und Dialog sowie ohne das Gebetsrecht zu verletzen.

Der Status der Frau

Wie in jedem westlichen Staat gilt auch in Israel eine zeitgemäße Gleichstellung der Frauen. Dabei ist natürlich bis zur vollständigen Ebenbürtigkeit der Geschlechter noch ein gutes Stück Weg zurückzulegen, aber das gilt für alle westlichen Staaten gleichermaßen. Israelische Frauen erwerben Bildung, klettern auf der Karriereleiter nach oben, bekleiden hohe öffentliche Positionen und genießen Freiheit, das Recht auf ihren Körper, Chancengleichheit und Sicherheit.

Auch in der religiösen und sogar in der ultra-orthodoxen Gesellschaft erfährt der Status der Frau eine Entwicklung und Tendenz zur Stärkung. Frauen gehen zur Arbeit, einerseits

aus wirtschaftlichen Zwängen, andererseits auch auf Grund des Bedürfnisses nach Selbstaussdruck und Selbstverwirklichung. Religiöse Frauen erwerben akademische Grade und bekleiden öffentliche Ämter und Führungsstellungen.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Haltung der religiösen und ultra-orthodoxen Öffentlichkeit zum Thema Sittsamkeit und den damit verbundenen Glaubensvorschriften verändert. Diverse Rabbiner verfolgen einen strengeren Ansatz als in der Vergangenheit. Manch einer argumentiert, dies geschehe in Gegenreaktion auf die sexuelle Freizügigkeit und sogar Zügellosigkeit der säkularen Gesellschaft, die immer offenkundiger werde wie in der Straßenkleidung, auf Reklameschildern, im Lebenswandel.

Diese Tendenz einer Radikalisierung der Sittengesetze zeigte sich zunächst in einer Geschlechtertrennung an den Schulen. (Auch an den ehemals gemischten national-religiösen Schulen wird heute getrennt. Die Verfasserin dieser Zeilen war bis zur achten Klasse auf einer gemischten Schule, und das war bis vor wenigen Jahren üblich). Später griff diese Tendenz auch auf die Jugendbewegungen über. In den Ortsgruppen der national-religiösen Jugendbewegung Bnej-Akiva trennte man Jungen und Mädchen nun zu unterschiedlichen Aktivitäten. Der nächste Schritt war eine Separierung mit Trennwänden auf Familienfeiern wie Hochzeiten und Bar-Mitzvas.

Parallel dazu fasste die Trennung auch in der ultra-orthodoxen Öffentlichkeit zunehmend Fuß. Wer beweisen wollte, dass er sich streng an die Gebote hielt, verlangte nun eine noch radikalere Abgrenzung der Geschlechter. Letztere wurde ein effektives Barometer zur Messung des Frömmigkeitsgrades einer Person oder einer Gesellschaft. Das ging bis zur Forderung nach einer Separierung von Männern und Frauen in öffentlichen Verkehrsmitteln – bestimmten Buslinien, die ausschließlich in den ultra-orthodoxen Vierteln verkehren. Schließlich stellten besonders fundamentalistische ultra-orthodoxe Gruppen

an den Feiertagen, wo zahllose Menschen die Gassen des Jerusalemer Viertels Meah She'arim bevölkern, auf dessen Hauptstraße eine lange Trennwand auf und wollten getrennte Bürgersteige für Männer und Frauen einführen.

Bevor man jedoch Amok läuft, sollte man die Begriffe differenzieren. Wenn man Männer und Frauen auf den Bürgersteigen, in Autobussen, auf Kindergarten-Abschlussfeiern und im Fitness-Studio voneinander trennt, dann ist das keine Unterdrückung von Frauen, sondern eine Trennung der Geschlechter. Die Frauen sind nicht unbedingt die Hauptgeschädigten dieser Angelegenheit, sondern die ganze Gesellschaft. Es ist anzunehmen, dass die Männer dadurch genauso benachteiligt werden wie die Frauen. Ein Vater, der nicht an der Abschlussfeier seiner Tochter in der Schule teilnehmen darf, weil dort auf der Bühne Frauen auftreten, wird davon nicht weniger geschädigt als eine Frau, die auf einer Familienhochzeit von ihrem Mann getrennt sitzen muss. Ein Mann, der streng gendertrennt erzogen wurde, wird ebenso wenig fähig sein, mit Frauen normal umzugehen wie eine Frau, die in einer getrennten Gesellschaft aufgewachsen ist, es verstehen wird, normalen Umgang mit Männern zu pflegen. Beide werden durch ihre Erziehung mit einem Defekt belastet und das andere Geschlecht als Sexobjekt betrachten. Das ist ein Übel, das uns alle betrifft.

Man darf also nicht vergessen, dass es zwar eine ärgerliche und erschreckende Trennung gibt, die das Ergebnis der Radikalisierung der jüngsten Jahre ist, dass es aber auch eine natürliche und logische Trennung gibt. Nach Männern und Frauen getrennte WCs in Büros sind weder eine Verletzung des Status der Frau noch eine Herabwürdigung von deren Wert. Das gleiche gilt für getrennte Badestrände, die es schon seit Jahrzehnten gibt, und die sowohl der religiösen Öffentlichkeit dienen als auch solchen Sonnenanbetern, die nicht an einer Teilentblößung vor dem anderen Geschlecht interessiert sind.

Zum Auftritt von Sängerinnen in der israelischen Armee: es gibt eine alte und wohlbekannte Glaubensvorschrift, die es religiösen Männern verbietet, Frauen singen zu hören. Ein jüngster Vorfall, bei dem orthodoxe Soldaten eine militärische Zeremonie verließen, um diese Glaubensvorschrift nicht zu verletzen, endete damit, dass sie von ihrem Kommandanten disqualifiziert wurden. Es ist möglich, dass dabei ein Missverständnis vorlag: sie wollten nicht die Frauen am Singen hindern, sondern lediglich vermeiden, diesen Gesang selbst zu hören. Das war und ist keine Kränkung von Frauen. Ursache des Eklat war die Torheit des Kommandanten, der es vorzog, mit Elitesoldaten auf Kollisionskurs zu gehen, anstatt eine Lösung für deren religiöse Zwangslage zu finden. Sie hatten sich geweigert, Frauen bei einer Zeremonie singen zu hören und nicht etwa an einer militärischen Aktion teilzunehmen oder auf dem Schlachtfeld Befehlen zu gehorchen!

Die zunehmende Verschärfung der Separation macht auch mich besorgt, vielleicht sogar mehr als andere. Ich bin eine religiöse Frau, die in einer gemischten Gesellschaft und in gemischten Jugendbewegungen groß geworden ist, und ihre Kinder gern nach demselben Muster erziehen würde. Dennoch darf man nicht übertreiben: hier ist weder vom Iran die Rede, noch von einer beispiellosen religiösen Nötigung. Es handelt sich vielmehr um einen Jahrzehnte langen Prozess, der nichts mit der gegenwärtigen Regierung zu tun hat. Mehr als das: die Initiatoren dieser Separation haben nicht den Wunsch, diese auch der säkularen Gesellschaft aufzuzwingen. Die Geschlechtertrennung breitet sich in den religiösen Gemeinden aus, in den Ballungszentren von Gemeinden, die an einer solchen interessiert sind und darüber rege und intelligente interne Debatten führen. Dabei enthält die westlich-säkulare Argumentation »wir wissen was für euch gut ist« mehr als nur eine Spur von Arroganz.

Und vielleicht liegt darin überhaupt das Problem der Haltung zu den jüngsten Gesetzesentwürfen der Koalition. Ein Teil derer, die sich für eine Verteidigung der Demokratie starkmachen, sind davon überzeugt, dass nur sie das Monopol auf weise Entscheidungen besitzen. Es fällt ihnen schwer, die Tatsache zu akzeptieren, dass die israelische Bevölkerung, vernünftige und eigenständige Bürger, eine konservative Partei gewählt haben (ihrer patronisierenden Einstellung nach handelt es sich dabei um eine faschistoide, rassistische und gefährliche Partei, denn schließlich ist es undenkbar, dass der Likud fortschrittliche Werte besitzen könnte!), und sie werden mehr als zornig, wenn diese gewählte Regierung eben die konservative Politik ausüben möchte, für die sie gewählt wurde. Dabei ist doch gerade das die wahre Seele einer Demokratie: Toleranz, auch wenn sich die politische Waage zum eigenen Ungunsten neigt.

Emily Amrousi ist eine erfolgreiche Schriftstellerin sowie Redaktionsmitglied und Kolumnistin der rechten Tageszeitung „Israel HaYom“. Sie lebt in der Siedlung Talmon im Westjordanland und war Sprecherin des Verbandes der jüdischen Siedler in der Westbank. Sie ist verheiratet und Mutter von drei Kindern.

Verantwortlich:

*Dr. Ralf Hexel,
Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Israel*

Autoren:

*Prof. Mordechai Kremnitzer, Shiri Krebs
und Amir Fuchs;*

Emily Amrousi

Homepage: www.fes.org.il

Email: fes@fes.org.il